



SPD-Gruppe im Regionalverband, Montag, 2. März 2015

„Initiativen für den Wohnungsbau nachdrücklich unterstützen“

SPD und CDU im Regionalverband begrüßen Frankfurter Planungen / Kommunen in der Nachbarschaft aber auch gefordert

Der Regionalverband FrankfurtRheinMain und die Regionalversammlung Südhessen müssen der gegenüber früheren Bevölkerungsprognosen völlig veränderten Entwicklung im Kern der Region, vor allem in Frankfurt am Main, Rechnung tragen. Das betonen die Vorsitzenden der Gruppen von SPD und CDU in der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain, die Bürgermeister Rouven Kötter und Thomas Horn in einer gemeinsamen Presseerklärung. Beide begrüßen, dass der Verbandskammer in ihrer nächsten Sitzung die Zustimmung zur Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes und parallel der Regionalversammlung eine entsprechende Abweichung vom Regionalplan vorgeschlagen wird, um in Frankfurt am Main im Stadtteil Gallus (Standort Kleyerstraße/Ackermannstraße) 1.500 neue Wohneinheiten zu schaffen. Diese und vergleichbare Planungen würden von der SPD und der CDU im Regionalverband nachdrücklich unterstützt.



Das Planungskonzept der Stadt Frankfurt am Main sieht eine hochverdichtete Wohnbebauung mit einer Mischung verschiedener Wohnungsformen vor, die von Wohnungen für Familien und seniorengerechtem Wohnen bis hin zu Studenten- und Single-Wohnungen reicht. Die verdichtete Bebauung wird auch vor dem Hintergrund der guten ÖPNV-Anbindung des Gebietes als sinnvoll erachtet.

Kötter und Horn verweisen ausdrücklich auf die Begründung des Regierungspräsidiums für die Abweichung vom Regionalplan: „Die dynamische Entwicklung der Einwohnerzahlen in der Stadt Frankfurt am Main auf mehr als 700.800 Einwohner (Stand Juni 2014, Quelle: Frankfurter Statistische Berichte, 2013: 693.000 E) bedeutet gleichzeitig einen zunehmenden Bedarf an Wohnungen. Das Institut Wohnen und Umwelt GmbH (IWU) hat für die Stadt Frankfurt am Main eine Wohnungsbedarfsprognose erstellt, wonach – basierend auf einer prognostizierten



Einwohnerzahl von 734.000 E im Jahr 2030 – ein Bedarf von ca. 32.000 Wohneinheiten im Zeitraum 2009 – 2030 besteht (IWU 2011).“ Hohe Priorität habe die Schaffung kostengünstigen Wohnraums und die Bereitstellung von Studentenwohnungen. Die Stadt Frankfurt am Main schöpfe derzeit alle Instrumente zur Bereitstellung von Wohnbauland aus, insbesondere stehe die Schaffung von Wohnraum auf Bestandsflächen und das Schließen von Baulücken im Vordergrund. Beispiele seien die Wohnbauentwicklung im Europaviertel (ehemalige DB-Flächen), die Umnutzung von Büroraum in Wohnungen in der Bürostadt Niederrad und die Planung von Studentenwohnungen am Standort der ehemaligen Oberfinanzdirektion an der Adickesallee.

„Die aktuell geltende Planung für den Wohnungsbau im Regionalen Flächennutzungsplan basiert auf einer Statistik, die sich im Kern der Region als absolut falsch erwiesen hat“, heben die Gruppenvorsitzenden von SPD und CDU im Regionalverband hervor. Diesen stark veränderten Tendenzen müssten Regionalverband und Regionalversammlung Rechnung tragen: „Bei allem Willen, die Freiflächen weiterhin zu schonen, muss neuer Spielraum eröffnet werden, um die Wohnraumprobleme zu lösen.“ Dabei dürfe die Kernstadt Frankfurt am Main mit der Lösung der Wohnraum-probleme allerdings nicht allein gelassen werden. Die Städte und Gemeinden in der direkten Nachbarschaft seien aufgefordert, ebenfalls alle Möglichkeiten auszuschöpfen, neuen Wohnraum zu schaffen. Der Regionalverband werde die Kommunen dabei unterstützen, wenn Planungshindernisse beseitigt werden müssten.